

# GFI sagt Ja zur Massentierhaltungsinitiative

Parolen zur eidgenössischen Abstimmung vom 25. September

Die Gruppe für Innerrhoden (GFI) empfiehlt die eidgenössische AHV-Vorlage, dazu die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Teilabschaffung der Verrechnungssteuer zur Ablehnung. Sie spricht sich aber für ein Ja zur Massentierhaltungsinitiative aus.

(Mitg.) Dass die Schweizer Sozialwerke den Entwicklungen der Zeit angepasst werden müssen, ist unbestritten. Aus Sicht der Gruppe für Innerrhoden ist bei der Gestaltung der Altersvorsorge jedoch eine gemeinsame Betrachtung von AHV und beruflicher Vorsorge nötig. «Die zur Abstimmung stehende AHV-Vorlage 21 schraubt, aber isoliert nur an der AHV. Dabei müsste auch die Situation der Pensionskassen miteinbezogen werden», meint die GFI in ihrer Pressemitteilung. Die Bundesverfassung postuliert für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung in Art. 112 Abs. 2 lit. b, dass die Renten «den Existenzbedarf angemessen zu decken» haben. Bei einer durchschnittlichen Rente von gut 1800 Franken sei dies für die allermeisten nicht der Fall. Die zweite Säule, welche eigentlich mit der AHV die Fortführung des gewohnten Lebensstandards gewährleisten sollte, müsse und könnte diesbezüglich helfen.

## Reform der Pensionskasse gefordert

Derzeit werden die Leistungen der Pensionskassen angesichts der tieferen Zinserträge allerdings reduziert. Im Übrigen haben immer noch viele Frauen gar keine Pensionskasse, da sie sich voll Haus und Familie gewidmet haben. Sehr oft aber auch, weil sie nur teilzeitlich beschäftigt waren und kleine Pensionen nicht einzahlungspflichtig sind respektive nicht zusammengerechnet werden. Um für alle eine ausreichende Altersrente zu garantieren, findet die GFI, sei daher

eine Reform der Pensionskassen-Regeln ebenso dringlich. Und diese müsse verankert sein, bevor bei der AHV eine Erhöhung des Bezugsalters erfolge. Momentan liegen in der Politik nur Absichtserklärungen vor, «und es ist sehr zu befürchten, dass unser Parlament nach gewonnener Abstimmung wieder auf Jahre hinaus nichts unternimmt – schlicht, weil der politische Wille fehlt».

## «Ein scheinheiliger Ansatz»

Die AHV-Vorlage 21 sieht eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 Jahre vor. Das heisst, dass die Frauen real auf eine Jahresrente, sprich rund 26 000 Franken, verzichten müssen. Die neun Jahre Übergangsfrist mit abgestuften Zuschlägen sind laut GFI «ein Beruhigungszückerchen». Solange bei den Löhnen der Frauen unerklärliche Lücken im Vergleich zu den Männern klaffen und solange es keine wesentlichen Verbesserungen bei den Pensionskassenleistungen gäbe, bräuchten die beiden Vorlagen keine echte Lösung, sondern sogar einen Rückschritt und Abbau auf Kosten jener, welche die AHV existentiell nötig hätten und meist schlecht bezahlt arbeiten müssten. «Die Berufung auf Gleichberechtigung – ausgerechnet jener, welche nicht viel dazu beigetragen haben – ist der falsche, ja ein scheinheiliger Ansatz zur Erhöhung des Rentenalters der Frauen», so die Gruppe für Innerrhoden. Die Zeche bezahlen würden die ohnehin Schwachen und Benachteiligten. Mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer – in einer Zeit massiver Preissteigerungen für Energie, Krankenkasse, Lebensmittel usw. – belaste man diese Benachteiligten noch zusätzlich. Priorität müsse die soziale Gerechtigkeit haben und nicht eine scheinbare Gleichberechtigung mit faktischen Verschlechterungen. Die Gruppe für Innerrhoden empfiehlt daher klar eine Ablehnung von AHV 21 und der Erhöhung der Mehrwertsteuer mit der



Die GFI spricht sich für die Massentierhaltungsinitiative aus.

(Bild: Keystone)

Forderung nach einer ausgewogenen und gerechten Gesamtlösung für die Altersvorsorge.

## Verrechnungssteuer: keine Geschenke

Die Teilabschaffung der Verrechnungssteuer gehört zur Strategie, Unternehmen – nicht selten ausländische – zu entlasten und den Finanzplatz Schweiz noch attraktiver zu machen. Sie ist auch zu sehen im Zusammenhang mit dem neuen OECD-Mindestansatz von fünfzehn Prozent bei der Besteuerung von Unternehmensgewinnen. «Es dürfen jedoch keine neuen Privilegien und Schlupflöcher geschaffen werden», findet die GFI. Die Steuerausfälle (gemäss Bundesbüchlein jährlich zwischen 215 bis 275 Millionen Franken, nach anderen Schätzungen sogar gegen 800 Millionen Franken) werden gerade in diesen schwierigen Zeiten mit Sicherheit eintreten. Die GFI ist überzeugt: «Die erlassenen Steuermillionen fliessen direkt ins Ausland.» Die angeblichen Mehreinkünfte durch die Rückkehr der Emission von Obligationen in die Schweiz seien hingegen Hoffnungen und in den Wol-

ken. Die Verrechnungssteuer wurde in erster Linie geschaffen zur Eindämmung der Steuerhinterziehung. Sie soll gemäss GFI weiterhin bleiben – auch für die rund zweihundert betroffenen Konzerne. KMU profitierten von der angestrebten Teilabschaffung nicht, ebenso wenig Privatpersonen. Die Gruppe für Innerrhoden empfiehlt daher auch ein Nein zu dieser Steuervorlage.

## Ja zur Massentierhaltungsinitiative

Nach angeregter Diskussion hat sich die Mitgliederversammlung der Gruppe für Innerrhoden für ein Ja zur Massentierhaltungsinitiative ausgesprochen. Diese Initiative verlangt, dass künftig in der Schweiz die Nutztierhaltung zur «Wahrung der Würde der Tiere» den Bio-Suisse-Anforderungen angepasst wird. «Der Umgang in der Massentierhaltung fokussiert sich heute in erster Linie auf eine möglichst effiziente Gewinnung tierischer Erzeugnisse. Alleine die Platzverhältnisse in den Ställen der Massentierhaltung (und nur in dieser) zeigen, dass dem Tierwohl zu wenig Beachtung geschenkt wird»,

sagt die GFI in ihrem Kommuniké. Der Schweizerische Bauernverband mit seinem Präsidenten Markus Ritter opponiere gegen die Initiative mit Argumenten, bei denen hauptsächlich die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund stehe. Die GFI fragt sich: «Warum sollen heute Bemühungen für ein artgerechtes Tierwohl nicht mehr zeitgemäss sein? Tiere sind Lebewesen und nicht einfache Produkte.»

Der Bauernverband warnt vor einer massiven Verteuerung der Fleischprodukte. Eine solche Kostenexplosion könnte nach Ansicht der GFI leicht abgewendet werden, wenn die Grossverteiler wie Migros und Coop ihre völlig überrissenen Margen auf Bio-Produkten zu Gunsten der Landwirte reduzieren und so für die Bauern Anreize schaffen würden, die Bio-Suisse-Anforderungen anzustreben und damit auch wirtschaftlich erfolgreich zu sein. In dieser Angelegenheit könnte der Bauernverband seine Macht demonstrieren.

«Gegner der Initiative weisen fälschlicherweise immer wieder darauf hin, dass nach Zustimmung zur Initiative der Import von Fleischprodukten aus dem Ausland massiv zunehme. Gerade das möchte die Initiative verhindern, indem der Bund verpflichtet würde, Importvorschriften zu erlassen, die garantieren, dass Importfleisch die gleichen Kriterien erfüllen muss, welche auch für die Schweizer Landwirtschaft gelten», so die GFI. Um die Ziele der Initiative zu erreichen, brauche es aber dringend auch ein Umdenken bei den Konsumentinnen und Konsumenten. Mit der Bereitschaft, für Bio-Fleisch und den damit verbundenen Mehrwert auch mehr zu bezahlen, würden sie einen wesentlichen Beitrag zur Förderung des Tierwohls in der Fleischerzeugung leisten und bekämen zudem ein qualitativ besseres Produkt. Die GFI unterstützt aus den genannten Gründen die Anliegen und Bestrebungen der Massentierhaltungsinitiative.

## Bergwaldprojekt auf der Schwägälp: Freiwillige werten Lebensraum des Auerwildes auf

24 Freiwillige sind bis zum 24. September auf der Schwägälp daran, den Schutzwald und die Kulturlandschaft zu pflegen. Der Lebensraum des Auerwildes soll aufgewertet werden, ebenso werden zukunftsfähige Baumarten gepflanzt.

(Mitg.) Klimawandel, Neophyten-Plagen, zunehmender Wildverbiss an Jungbäumen und Verlust an Artenvielfalt: Die Probleme im Wald und in der Kulturlandschaft nehmen stetig zu. Die Stiftung «Bergwaldprojekt» nimmt sich diesen an, da sie weiss: Wir Menschen sind auf gesunde Schutzwälder angewiesen, denn sie schützen nicht nur Bergdörfer, sondern auch Städte, wie sie in einer Mitteilung schreibt. Artenvielfalt ist eine Versicherung für die Zukunft. Die Freiwilligen des Bergwaldprojektes kämpfen für zukunftstaugliche Bergwälder. Derzeit und bis zum 24. September sind sie im Appenzellerland tätig.

Die 24 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer arbeiten von Urnäsch aus daran, im Nossalden und auf der Schwägälp den Schutzwald und die Kulturlandschaft zu pflegen. Dies geschieht in Absprache mit dem Forstdienst.

Die Freiwilligen arbeiten unter Anleitung eines ausgebildeten Projektleiters des Bergwaldprojektes, wie es weiter heisst. In diesem Jahr werden die Freiwilligen entbuschen, um den Lebensraum des Auerwildes aufzuwerten und in einem Fichtenbestand zukunftsfähige Baumarten wie Lärche, Arve, Vogelbeere und andere zu pflanzen und durch Hordengatter zu schützen.



In Absprache mit dem Forstdienst pflegen Freiwillige den Schutzwald auf der Schwägälp.



Die Freiwilligen arbeiten noch bis zum 24. September im und rund um den Alpstein. (Bilder: zVg)

## SP gegen AHV-Vorlagen

Eidgenössische Abstimmung vom 25. September

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) sagt «Nein» zu beiden AHV-Vorlagen. Bei der AHV21 wird mit der Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre einseitig auf Kosten der Frauen gespart. Die zusätzlich geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer trifft in der angespannten Finanzlage mit starker Teuerung, steigenden Krankenkassenprämien, Wohnungs- und Energiekosten Menschen mit tiefen Einkommen besonders stark und schwächt die Kaufkraft aller.

(Mitg.) Am 25. September kommen zwei AHV-Vorlagen zur Abstimmung, um angebliche Finanzlücken der AHV zu beheben. Die AHV21 verlangt unter dem Deckmantel der Gleichstellung eine Erhöhung des Frauenalters auf 65 Jahre. Frauen müssten ein Jahr länger arbeiten und so mehr in die AHV-Kasse einzahlen. Dies kommt einer Rentensenkung für Frauen von rund 26 000 Franken gleich. Dieser Plan ist weder sozial noch gerecht. Denn Frauenrenten (AHV und Pensionskasse) liegen heute bereits fast 40 Prozent unter jener der Männer. 23 Prozent aller erwerbstätigen Frauen sind ausschliesslich über die AHV für ihr Alter versichert. Für sie ist die AHV besonders wichtig. Zudem ist die Stellensuche für über Sechzigjährige immer noch sehr schwierig. In einer zweiten Vorlage soll die Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent erhöht wer-

den. Diese Zusatzfinanzierung tritt allerdings nur in Kraft, wenn das Frauenrentenalter erhöht wird. Aktuell steigen Teuerung, Krankenkassenprämien, Wohnungs- und Energiekosten massiv. Eine Mehrwertsteuererhöhung trifft Menschen mit tiefem Einkommen besonders stark und schwächt auch die Kaufkraft aller. Diese Mehrwertsteuererhöhung folgt der bereits seit Jahren befolgten Logik der rechten Parlamentsmehrheit: Arbeit, Renten und Konsum steuerlich zu belasten und gleichzeitig das Kapital zu entlasten. Fakt ist: das Kapital der AHV liegt bei rekordhohen 50 Milliarden Franken. Trotzdem wird es von Banken und Versicherungskonzernen – von jenen die mit der zweiten und dritten Säule unserer Altersvorsorge grosse Profite machen – in extreme Schieflage verschrien. Bessere Lösungen zur temporären Überbrückung der durch die Pensionierung der Babyboomer-Generation erwarteten Mehrauslagen der AHV liegen bereits auf dem Tisch: zum Beispiel eine gerechte Besteuerung von Gewinnen aus Finanztransaktionen oder eine zusätzliche Abschöpfung von Nationalbankgewinnen. Diese Finanzierungsmöglichkeiten und dringend nötige Korrekturen bei den Pensionskassen werden jedoch von der rechten Parlamentsmehrheit immer wieder verhindert. Zum Schutz unserer Renten und unserer wichtigsten Sozialversicherung sagt die SP AI «Nein» zu den beiden ungerichten AHV-Vorlagen.